

Schwierige Rückkehr zur Bescheidenheit

FAZ 24.11.14

Kronberger Sozialdemokraten diskutieren über klamme Kommunen

bie. KRONBERG. Das Leben in der eigenen Stadt wird teurer. Steuern und Gebühren steigen, Leistungen werden gekürzt. Das gilt insbesondere für Kronberg, das zwar viele wohlhabende Bewohner anzieht, selbst aber seinen Haushalt nicht ausgleichen kann. Über „Kommunen in der Finanzklemme“ zu reden schien der örtlichen SPD nach Worten ihres Fraktionsvorsitzenden Christoph König daher lohnend. Sie hatte zur Diskussion in der Stadthalle außer dem parteilosen Kronberger Bürgermeister Klaus Temmen zwei Kommunalpolitiker der eigenen Partei und Wirtschaftsredakteur Georg Meck eingeladen, der über diesen Widerspruch des „armen reichen Taunusdorfs“ in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung geschrieben hatte.

Die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs gab dem Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, Burkhard Albers (SPD), Gelegenheit zur Klage über die Unterfinanzierung der Gemeinden. Anders als ein Unternehmen könnten die Kommunen ein unrentables Produkt nicht einfach einstellen. „Wir können uns nicht von den Kindergärten trennen“, sagte Albers, der auch Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für

Kommunalpolitik in Hessen ist. Die Städte und Gemeinden seien aufgefordert, sich das Geld bei den Bürgern zu holen. Albers warnte vor einer „Steuererhöhungsorgie“ als Folge der mangelnden Landesfinanzierung.

Der Kronberger Bürgermeister Temmen gestand zu, dass viele freiwillige Leistungen geschaffen worden seien, die heute kritisch hinterfragt werden müssten. „Auch wenn das in der jeweiligen Zeit richtig war.“ Kürzungen bei der Bücherei oder Preiserhöhungen beim Schwimmbad könnten aber nicht den Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen ausgleichen. Auch die Sulzbacher Bürgermeisterin Renate Wolf (SPD) schilderte, wie schwer die Rückkehr zur Bescheidenheit sei. 2012 seien die Kindergartengebühren abgeschafft worden. Jetzt finde sie keine Mehrheit, sie mit dem Haushaltssicherungskonzept wieder einzuführen. Dafür seien die extremen Steigerungen der Grundsteuer B kaum noch einem Bürger zu vermitteln.

Während Wolf davor warnte, durch das Schielen auf die „schwarze Null“ alle Investitionen abzuwürgen, verwies Meck auf die Rekordsteuereinnahmen der öffentlichen Hand. „Wann, wenn nicht

jetzt, sollte man dieses Ziel anstreben?“ Temmen sagte, selbst wenn Kronberg alle freiwilligen Leistungen streiche, sei das Defizit nicht auszugleichen. Das schien manchem Zuhörer dann doch zu schicksalsergeben. Es fänden sich schließlich auch 50 000 Euro für einen neuen Internetauftritt im Haushalt, sagte einer. Das sei viel Geld. Ein anderer regte einen höheren Deckungsbeitrag an, damit nicht die Allgemeinheit Bad- oder Büchereinutzer subventioniere.

Das gehe aber nicht bei den Friedhofsgebühren oder dem Kindergarten, sagte Wolf. Ihr Kronberger Kollege verwies darauf, dass bei einer Erhöhung der Parkgebühren, um den Zuschuss zur Tiefgarage zu verringern, am nächsten Tag 20 Händler protestierend bei ihm im Zimmer stünden. Und dafür hätte er durchaus Verständnis. König fragte noch nach anderen Einnahmequellen. Kommunale Unternehmen sah Albers kritisch. Aber Sponsoring spiele durchaus eine Rolle, sagte Temmen. 250 000 Euro im Jahr bekomme Kronberg von Stiftungen für kulturelle und soziale Zwecke. So macht sich der Wohlstand der Einwohner des armen reichen Taunusdorfs doch bezahlt.